

AGOS aktuell

Informationen der Arbeitsgruppe Ostseeraum



Nr. 7

März 2014

Sehr geehrte Leser,

die erste Ausgabe von *AGOS aktuell* im Jahr 2014 widmet sich zunächst den Parlamentswahlen im Ostseeraum. Deutschland, Island, Lettland, Norwegen und Schweden stehen in diesem Rück- und Ausblick im Mittelpunkt. Was die Wahlbeteiligung und den Wahlausgang angeht, erweisen sich die „Nordlichter“ erneut als gute Demokraten. Von besonderem Interesse ist daher die Frage, wie bei den Europawahlen im Mai 2014 euroskeptische oder sogar rechtsradikale Gruppierungen rund um die Ostsee abschneiden werden.

Beim Baltic Development Forum hat es einen Wechsel in der Führung gegeben; darüber berichten wir ebenso wie über neue Literatur zu Peter dem Großen und Monika Stankiewicz als aktuelle General Secretary der HELCOM.

Mit freundlichen Grüßen aus Rostock

Prof. Dr. Nikolaus Werz
Leiter der Arbeitsgruppe Ostseeraum

Inhalt

Neues aus der AGOS	2
Parlamentswahlen im Ostseeraum 2013/14: ein Rück- und Ausblick	3
Blickpunkt: Baltic Development Forum unter neuem Vorsitz ...	12
»gesehen, gehört, gelesen« Peter I. – Russlands trinkfester Imperator	13
News & Termine	14
Who is who: Monika Stankiewicz	15

41,1 %

betrug die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009 im Ostseeraum und lag somit um 2,2 Prozentpunkte niedriger als dieser Wert im gesamten EU-Raum.

Quelle: www.bpb.de/politik/wahlen/europawahl/71356/wahlkampf-und-wahlbeteiligung, eigene Berechnung.



© European Union, 2014.

Neues aus der AGOS

Forum Ostsee M-V gegründet

Die AGOS beteiligt sich am neu gegründeten Forum Ostsee M-V. Die Auftaktveranstaltung fand auf Initiative der Staatskanzlei am 28. Januar 2014 in Neustrelitz statt. Das Netzwerk soll dem Informationsaustausch unter den Mitglieder anregen und Akteure des Landes

mit Bezug zum Ostseeraum näher zusammenbringen. Weitere Informationen finden Sie unter: http://www.europa-mv.de/cms2/Europamv_prod/Europamv/de/MV_und_Europa/Ostseekooperation/index.jsp?&pid=66909

Parlamentswahlen im Ostseeraum 2013/14: ein Rück- und Ausblick

Benjamin Gröbe, Martin Koschkar, Florian Lemke, Christian Nestler, Tim-Åke Pentz

Im Parlament schlägt das Herz der Demokratie. Die Arbeitsgruppe Ostseeraum blickt zusammenfassend auf drei nationale Parlamentswahlen 2013 in der Region zurück und schaut voraus auf die anstehenden Parlamentswahlen 2014.

Der AGOS-Rückblick auf die nationalen Parlamentswahlen umfasst neben Deutschland als direktem Ostseeanrainer auch Norwegen und Island. Beide Staaten sind aufgrund ihrer weitreichenden Vernetzung und über Mitgliedschaften in verschiedenen Organisationen des Ostseeraums funktional der Region zuzuordnen. Im Ausblick wird auf die Europawahl und die nationalen Parlamentswahlen in Schweden und Lettland eingegangen.*

Nationale Parlamentswahl in Island

- Einwohner: ca. 320.000
- Parlament: Althing, Einkammersystem, ältestes bestehendes Parlament der Welt (seit 930)
- Regierungssystem: Präsidentsche Demokratie
- Letzte Parlamentswahl: 27. April 2013
- Aktuelle Regierungsparteien: Koalition von SSF und FSF

2013 hatten die Isländer nach den vorgezogenen Neuwahlen von 2009 die Post-Finanzkrisen-Regierung zu bewerten.¹ Island war besonders von den Folgen der Finanzkrise ab dem Jahr 2007 getroffen worden, alle drei einheimischen Kreditinstitute mussten verstaatlicht werden und der Internationale Währungsfond (IWF) vergab einen 2,1 Billionen Dollar Rettungskredit. 2009 war es im Nachgang des Krisenmanagements zu Massendemonstrationen in Reykjavik gekommen. Diese verliehen unter anderem ihren Unmut über Parteien und Politiker Ausdruck. Bei den folgenden Kommunalwahlen in der Hauptstadt erreichte die sogenannte *Besti flokkurinn* – frei übersetzt etwa „Beste Partei – des „Anarchisten“² Jón Gnarr 35 Prozent der Stimmen und stellte damit die meisten Abgeordneten. Auf der nationalen Ebene war die Wirkung ebenso tiefgreifend, so traten als Reaktion auf die Proteste, die nicht zuletzt die Verstrickungen zwischen Wirtschaft und Politik kritisierten, ein Großteil der Parlamentarier nicht mehr an. Das Wahlergebnis 2009 konnte vor allem für die seit 1991 ununterbrochen an der Regierung beteiligte Unabhängigkeitspartei (SSF) als „Denkzettel“ gewertet werden. Nach dieser politischen Zäsur folgten vier Jahre unter der Sozialdemokratischen Allianz (SF) und der Links-Grünen Bewegung (VG).

* Christian Nestler (Island), Benjamin Gröbe (Norwegen), Martin Koschkar/ Florian Lemke (Deutschland), Tim-Åke Pentz (Einleitung, Europawahl, Schweden und Lettland)

Diese haben mit der Unterstützung des IWF das Land durch die Finanzkrise geführt. Offiziell galt sie mit 31. August 2011 als beendet. Praktisch ist das Verhältnis von Schulden zum BIP mit über 90 Prozent immer noch relativ hoch, die Inflationsrate bleibt mit 3,4 Prozent im Rahmen aber die isländische Krone steht weiterhin unter Abwertungsdruck.

Für den Urnengang 2013 war prognostiziert worden, dass die Fortschrittspartei (FSF) gestärkt und die SSF nach dem Einbruch 2009 wieder erstarken könnten. Im Falle der SSF sind die Umfragen sehr erhellend. Nachdem sie 2009 abgestraft worden war, erreichte sie Jahr 2012 in Umfragen potentielle Ergebnisse von bis zu 39,3 Prozent. Die Regierungsparteien fielen im Zuge der zu treffenden harten wirtschaftlichen Entscheidungen relativ schnell in Ungnade. So hatte die VG im Verlauf der Legislaturperiode in Umfragen nahezu ein Drittel ihrer einstmaligen Unterstützer eingebüßt. Damit wird deutlich, dass die „linke“ Krisenpolitik im isländischen Wahlvolk auf wenig Gegenliebe stieß. Folgerichtig bildeten dann auch SSF und FSF die Regierung nach der Wahl. Hierfür steht ihnen mit 38 von 63 Sitzen eine gute Mehrheit zur Verfügung.

Gut 14 Prozent der Sitze im Parlament werden durch Protestparteien besetzt. Es wird spannend sein, wie sich dieser Anteil weiter entwickelt. Nach dem Regierungswechsel von mitte-rechts (bis 2007/09) nach links (2009-2013) und nun wieder zurück ist das Potential groß. Es bleibt vorerst fraglich, inwiefern die Schwankungen der hohen Wahlbeteiligung – von 85,1 auf 81,4 Prozent – als Hinweis für einen wachsenden Verdruss gedeutet werden können. Faktisch handelt es sich um die niedrigste Wahlbeteiligung bei Parlamentswahlen seit der Unabhängigkeit 1944.

Das heißt, die Normalisierung, die man in den Stimmenanteilen für die etablierten Parteien und der neuerlichen Mitte-Rechts-Regierung sehen kann, ist eine Normalisierung auf Zeit. Sie ist wesentlich abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Die Haltung zur EU, vor allem zu einem möglichen Beitritt, wird damit zwangsläufig zu dem wichtigsten Zukunftsthema. So ist die Abwahl der linken Regierung auch mit deren pro-europäischer Haltung zu begründen. Die neue Regierung steht diesem Vorhaben kritisch gegenüber und hat ein Gesetzesvorhaben angestoßen, dass die unter der vorherigen Koalition von SF und VG am 27. Juli 2010 begonnenen Beitrittsverhandlungen stoppen soll. In der Bevölkerung wird diese Ablehnung weiterhin eher geteilt.

Tab. 1: Wahlergebnis Althing vom 27. April 2013

Parteien	Dt. Name	Abk.	2009	Entw. Sitze	2013	+/-
Sjálfstæðisflokkurinn	Unabhängigkeitspartei	SSF	23,7	16 → 19	26,7	3,0
Framsóknarflokkurinn	Fortschrittspartei	FSF	14,8	9 → 19	24,4	9,6
Samfylkingin	Sozialdemokratische Allianz	SF	29,8	20 → 9	12,9	-16,9
Vinstrihreyfingin	Links-Grüne Bewegung	VG	21,7	14 → 7	10,9	-10,8
Björt framtíð	Strahlende Zukunft	BF	-	- → 6	8,2	8,2
Píratar	Piratenpartei	PP	-	- → 3	5,1	5,1
Wahlbeteiligung			85,1 %	63	81,5 %	-3,6

Quelle: http://www.nsd.uib.no/european_election_database/country/iceland/ (Stand: 17.02.2014).

Zwischen 1944 und 1971 war das politische System Islands von einem klassischen Vier-Parteiensystem geprägt. Bis einschließlich 2009 nahmen regelmäßig wechselnde Protestparteien an den Wahlkämpfen teil. 2013 sind nun zum ersten Mal zwei Parteien ins Parlament eingezogen die Protest kanalisieren. Die *Björt framtíð* (BF) – Strahlende Zukunft – steht dabei für sozialen Liberalismus ein und hat Verbindungen zur „Besten Partei“ von Jón Gnarr. Mit 8,2 Prozent der Wählerstimmen wird sie durch sechs Parlamentarier vertreten. Mit der Piratenpartei ist eine 2006 zunächst in Schweden gegründete Partei erstmals auf nationaler Ebene in einem europäischen Land erfolgreich. Als kleinste Fraktion erhält sie mit 5,1 Prozent drei Sitze. Sie steht für Direkte Demokratie, eine Reform von Urheber- und Patentrecht sowie die allgemeine Informationsfreiheit.

Im Bereich der etablierten Parteien gab es grundsätzliche Verschiebungen von links nach rechts. So verliert die sozialdemokratische SF 16,9 Prozentpunkte und damit mehr als die Hälfte ihrer Sitze. Der kleine Koalitionspartner VG, der in seinem Programm explizit Demokratischen Sozialismus, Öko-Sozialismus und Feminismus fordert, büßt 10,8 Prozentpunkte und daraus folgend sieben ihrer ehemals 14 Mandate ein. Auf der anderen Seite des Spektrums gewinnt die liberal-konservative und euroskeptische SSF genau drei Prozentpunkte aber eben auch drei Sitze hinzu. Die traditionelle nordisch-grüne FSF erhält nahezu zehn Prozent mehr Stimmen als 2009 und kommt damit auf 19 Mandate.

Nationale Parlamentswahl in Norwegen

- Einwohner: ca. 5 Millionen
- Parlament: Stortinget, Einkammersystem
- Regierungssystem: Konstitutionelle Monarchie mit stark parlamentarischen Zügen
- Letzte Parlamentswahl: 27. April 2013
- Aktuelle Regierungsparteien: Minderheitsregierung von H und FrP unter Duldung von KrF und V

Der durch die Meinungsforschungsinstitute bereits in Umfragen von 2012 prognostizierte Wechsel, von einer Mitte-Links-Regierung unter Ministerpräsident Jens Stoltenberg zu einer Konservativen Regierung unter Einbeziehung der rechtspopulistischen Fortschrittspartei (FrP), ist eingetreten.

Zentrales Ereignis der vergangenen Legislaturperiode und zweiten Amtszeit von Jens Stoltenberg waren die Terroranschläge von Anders Behring Breivik am 22. Juli 2011. In der Öffentlichkeit und Politik standen deshalb im Folgejahr der Gerichtsprozess gegen den Täter sowie die Aufarbeitung der Ereignisse durch eine Untersuchungskommission im Mittelpunkt. Ministerpräsident Stoltenberg, der für seinen souveränen Umgang mit dem 22. Juli 2011 sowohl in der norwegischen Gesellschaft und Politik als auch der internationalen Gemeinschaft zunächst hohe Anerkennung genoss, geriet nach der Veröffentlichung des kritischen Untersuchungsberichts zunehmend unter Druck.

Ein wichtiges Ereignis zu Beginn der vergangenen Legislaturperiode war ein von Ministerpräsident Stoltenberg im April 2010 verhandeltes Abkommen zwischen Norwegen und Russland, mit dem ein seit 40 Jahren währender Streit zwischen beiden Staaten über Territorialrechte in der Barentssee beendet werden konnte. Die Vereinbarung mit Russland wurde von allen norwegischen Parteien als Sieg für Ministerpräsident Stoltenberg gewertet, da so die wirtschaftlichen Grundlagen Norwegens, insbesondere die Förderung und der Verkauf von Rohstoffen, gesichert werden konnte.³

Wichtige Themen, die die parteipolitischen Debatten während der letzten Legislaturperiode bestimmten und auch im letztjährigen Wahlkampf eine wichtige Rolle spielten, waren die Strukturreform der kommunalen Krankenhäuser, über die auch innerhalb der Regierungskoalition Uneinigkeit herrschte und die Frage nach der Genehmigung von Ölbohrungen im Atlantik vor den Lofoten und Vesterålen. Letztere Streitfrage ist wiederum nicht nur innerhalb der Regierungskoalition umstritten, sondern auch innerhalb des bürgerlichen Parteienlagers.⁴

Die Ablösung der rot-grünen Koalition (A, Sv, Sp) an der Regierung wurde durch eine massive Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse im norwegischen Parlament zugunsten des bürgerlichen Lagers (H, FrP, KrF, V) ermöglicht. Mit 96 Mandaten erzielten die vier bürgerlichen Parteien eine solide Mehrheit gegenüber den drei bisherigen Regierungsparteien (72 Mandate). Noch nie hatte eines der politischen Lager nach dem 2. Weltkrieg eine so große Parlamentsmehrheit wie die bürgerlichen Parteien nach der Parlamentswahl 2013.

Mit einem Stimmenzuwachs von 9,6 Prozentpunkten ist die konservative Partei von Erna Solberg eindeutige Wahlgewinnerin. Die Partei erreichte ihr bestes Ergebnis bei einer norwegischen Parlamentswahl seit 1985. Für die Konservativen ist der Wahlausgang nicht nur mit Blick auf die Regierungsübernahme positiv. Nach den schwachen Ergebnissen bei den Parlamentswahlen 2005 und 2009 gelang es der Partei von Erna Solberg, die FrP als zweitstärkste Partei im Parlament abzulösen und damit gleichzeitig auch innerhalb des bürgerlichen Parteilagers die führende Position wiederzuerlangen. Während die Christliche Volkspartei (KrF) mit 5,6 % der Wählerstimmen das Ergebnis der Parlamentswahl 2009 bestätigten, konnten die Liberalen (V) sich um 1,3 Prozentpunkte verbessern und erreichten 5,2 % der Wählerstimmen. Als einzige Partei des bürgerlichen Lagers hat die FrP an Stimmen verloren (-6,6 Prozentpunkte). Trotz deutlicher Verluste kann der Wahlausgang aus Sicht der FrP positiv bewertet werden. Verglichen mit den Resultaten der Kommunal- und Regionalwahlen im September 2011, als die FrP unter dem Eindruck der Anschläge, lediglich 11,4 bzw. 11,8 % erreichte, konnte die Partei wieder deutlich an Popularität gewinnen. Darüber hinaus ist die erstmalige Regierungsbeteiligung der FrP natürlich ein Erfolg, auf den die Partei unter Siv Jensen in den letzten Jahren kontinuierlich hingearbeitet hatte.

Von den Parteien der bisherigen rot-grünen Regierungskoalition ist keine ohne Stimmenverluste aus der Wahl hervorgegangen. Die Sozialdemokraten verlor unter ihrem Spitzenkandidaten Jens Stoltenberg 4,6 Prozentpunkte der Wählerstimmen, konnte aber immerhin ihre Stellung als stärkste Partei im norwegischen Parlament behaupten. Auch die beiden kleineren Koalitionspartner der Arbeiterpartei, die Zentrumspar- tei (Sp) und die Sozialistische Linkspartei (SV), verloren 0,7 bzw. 2,1 Prozentpunkte. Für beide war es das schlechteste Wahlergebnis seit Gründung der Parteien. Positiv aus ihrer Sicht ist lediglich, dass beide Parteien nicht unter die 4-Prozent-Hürde fielen, die es in Norwegen zu überwinden gilt, um von der Verteilung der 19 landesweiten Ausgleichsmandate profitieren zu können. Den erstmaligen Einzug ins Parlament schaffte die grüne Umweltpartei (Miljøpartiet De Grønne, MDG) mit insgesamt 2,8 % der Wählerstimmen. Gewonnen wurde das Mandat im Wahlkreis Oslo, wo die MDG mit 5,6 % der Stimmen ihr bestes Ergebnis erzielten.

Die Wahlbeteiligung bei der letztjährigen Parlamentswahl lag bei 78,2 % und ist damit im Vergleich zur Parlamentswahl 2009 wieder leicht angestiegen (+1,9 Prozentpunkte). Insgesamt befindet sich die Wahlbeteiligung bei den norwegischen Parlamentswahlen seit Beginn der 1990er auf einem konstant hohen Niveau.

Ministerpräsident Jens Stoltenberg und seine rot-grüne Koalition haben von den Wählern kein Mandat für eine dritte Amtszeit erhalten, obwohl die Leistungsbilanz der Regierung mit einer Arbeitslosenquote von zuletzt 3,4 % (September 2013)⁵ und einem Wirtschaftswachstum von 2,9 % (2012)⁶ überaus positiv ist und Stoltenberg lange Zeit hohe Popularität genoss. Wie kann also der Wahlausgang erklärt werden?

Ein Vergleich mit den Parlamentswahlen 1997 und 2005 zeigt, dass eine gute ökonomische und soziale Bilanz Regierungsparteien in Norwegen nicht vor Wahlniederlagen schützt.⁷ Insofern darf es nicht überraschen, dass es auch Jens Stoltenberg wie schon seinen Amtsvorgängern nicht gelang, die norwegischen Wähler mit der guten ökonomischen Situation für seine Wiederwahl zu gewinnen. Kurz gesagt: „In a wealthy country, it seems, strong economic performance is not enough. The core question becomes how to spend the wealth.“⁸ Und so standen auch im letztjährigen Wahlkampf, wie schon bei den vorhergehenden Parlamentswahlen, die klassischen wohlfahrtsstaatlichen Themen wie Gesundheitspolitik, Schulpolitik und Altersfürsorge im Mittelpunkt.

Welche Gründe, wenn nicht die ökonomische Situation, haben dann zu einer Wechselstimmung in der Bevölkerung geführt, die schließlich die bürgerliche Regierungsübernahme ermöglichte?⁹

Erstens kann auf die für norwegische Verhältnisse lange Amtszeit Jens Stoltenbergs verwiesen werden. Da Minderheitsregierungen in den letzten Jahrzehnten in Norwegen eher die Regel als die Ausnahme waren und Regierungswechsel häufig auch während einer Legislaturperiode stattfanden, könnte die lange Regierungszeit Stoltenbergs in Teilen der Wählerschaft den Wunsch nach einem Personalwechsel an der Regierungsspitze verstärkt haben. *Zweitens* kann trotz der insgesamt guten Regie-

Tab. 2: Wahlergebnis Stortinget vom 9. September 2013

Parteien	Dt. Name	Abk.	2009	Entw. Sitze	2013	+/-
Arbeiderpartiet	Arbeiterpartei	A	35,4	64 → 55	30,8	-4,6
Fremskrittspartiet	Fortschrittspartei	FrP	22,9	41 → 29	16,3	-6,6
Høyre	Konservative	H	17,2	30 → 48	26,8	9,6
Kristelige Folkeparti	Christliche Volkspartei	KrF	5,6	10 → 10	5,6	0
Senterpartiet	Zentrumspar- tei	SP	6,2	11 → 10	5,5	-0,7
Sosialistisk Venstreparti	Sozialistische Linkspartei	SV	6,2	11 → 7	4,1	-2,1
Venstre	Liberalen	V	3,8	2 → 9	5,2	1,4
Miljøpartiet De Grønne	Grüne Umweltpartei	MDG	0,3	0 → 1	2,8	2,5
Wahlbeteiligung			78,2 %	169	76,3 %	1,9

Quelle: <http://www.valgresultat.no/bs5.html> (Stand: 07.10.2013).

rungsbilanz Stoltenbergs auf einige Politikfelder verwiesen werden, in denen es die rot-grüne Regierung nicht geschafft hat, notwendige Reformvorhaben entscheidend voranzubringen. Hierzu zählen mit der Gesundheitspolitik eines der wichtigsten Wahlkampfthemen der Konservativen und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Norwegen, der insbesondere für die FrP im Wahlkampf als Angriffspunkt diente. *Drittens* hat zum Wahlerfolg der bürgerlichen Parteien beigetragen, dass sich dieses Parteienlager im Wahlkampf, trotz bestehender inhaltlicher Differenzen, als relativ geschlossene Alternative zur rot-grünen Regierungskoalition profilierte.¹⁰ Die rot-grüne Regierungskoalition ging, anders als bei den Parlamentswahlen 2005 und 2009, nicht mit einer gemeinsamen Wahlplattform in den Wahlkampf. *Viertens* kann auf den 22. Juli 2011 als Schlüsselereignis der vergangenen Legislaturperiode und die anschließende Aufklärung der Ereignisse durch die Untersuchungskommission verwiesen werden. Nach Aussagen der norwegischen Politikwissenschaftler Frank Aarebrot und Bernt Aardal hat der kritische Untersuchungsbericht das Bild der norwegischen Sozialdemokraten als führungsstarke Partei beschädigt und sich negativ auf das Vertrauen der Wählerschaft ausgewirkt, auch für andere Fragen der norwegischen Politik, wie z.B. die Gesundheitsreform, erfolgreich Lösungen zu finden. Stoltenberg verlor nach Veröffentlichung des Untersuchungsberichts kontinuierlich an Popularität zu Gunsten Erna Solbergs.¹¹

Das Wahlverhalten in Norwegen ist regional geprägt und folgt erkennbaren geographischen Mustern. Die unterschiedlich starke Unterstützung der Parteien in den einzelnen Landesteilen kann auf die für das norwegische Parteiensystem konstitutive Konfliktlinie zwischen Zentrum und Peripherie zurückgeführt werden.¹² Das Ergebnis der letztjährigen Wahl bestätigt die geographisch spezifische Stärke der norwegischen Parteien. Die sozialdemokratische Partei (Ap) ist traditionell in den inneren Landesteilen (Oppland, Hedmark) und in der Finnmark, Norwegens nördlichster Provinz, stark. Entlang der Küsten Westnorwegens (Møre og Romsdal, Sogn og Fjordane, Hordaland, Rogaland) und in Südnorwegen (Vest-Agder) haben die Sozialdemokraten dagegen unterdurchschnittlich abgeschnitten. Die regionalen Schwerpunkte der Konservativen (H) liegen konträr zu denen der Sozialdemokraten (Ap). In den Provinzen Westnorwegens (Hordaland, Rogaland) sowie in der bevölkerungsreichen Hauptstadtregion Oslo konnten die Konservativen überdurchschnittlich viele Stimmen verbuchen. Die FrP erzielt ihre stärksten Ergebnisse wie die Konservativen in den westlichen Provinzen, den Provinzen um Oslo (Vestvold, Østvold) sowie der zweitnördlichsten Provinz Troms.

Besonders starke geographische Unterschiede in der Zustimmung sind mit Blick auf die Christliche Volkspartei (Krf) und die Zentrumsparterie (Sp) festzustellen. Während die Krf überproportional häufig in den Küstenprovinzen West- und Südnorwegens gewählt wird, ist die Zentrumsparterie sehr stark in den peripheren inneren Landesteilen, der Provinz Sogn og Fjordane sowie in Mittelnorwegen vertreten. Für Liberale (V) und Sozialisten (SV) ist keine ausgeprägte geographische Differenzierung der Wahlergebnisse festzustellen.

Die Bildung der neuen (Minderheits-)Regierung aus Konservativen (H) und FrP unter Ministerpräsidentin Erna Solberg, auch blau-blaue Regierung genannt, erfolgte innerhalb weniger Wochen nach der Wahl. Kurz nach dem Wahltag begannen die vier bürgerlichen Parteien mit Sondierungsgesprächen zur Bildung einer gemeinsamen Regierung. Insbesondere die Spitzenkandidatin der Konservativen Erna Solberg hatte im Wahlkampf wiederholt ihr Absicht bekundet, eine Regierung unter Beteiligung aller vier bürgerlichen Parteien bilden zu wollen. Während der Sondierungsgespräche stellten sich allerdings die schon aus dem Wahlkampf bekannten inhaltlichen Differenzen zwischen FrP und den beiden kleineren bürgerlichen Parteien (Krf, V) als zu groß heraus, um ein gemeinsames Regierungsbündnis einzugehen.¹³ Auch wenn rechnerisch die Beteiligung einer der beiden kleineren Parteien für eine Mehrheitsregierung mit H und FrP ausgereicht hätte, entschieden sich Krf und V beide gegen eine Regierungsbeteiligung. Neben den programmatischen Gründen dürfte auch das partnerschaftliche Verhältnis der beiden kleineren bürgerlichen Parteien ein Grund für diese Entscheidung gewesen sein. Stattdessen unterzeichneten die vier bürgerlichen Parteien ein gemeinsames Kooperationsabkommen, in dem sie sich ihre gegenseitige parlamentarische Unterstützung für die Legislaturperiode 2013 – 2017 versichern. Neben den Richtlinien zur Zusammenarbeit sind im Kooperationsabkommen auch die grundlegenden politischen Ziele und Leitlinien festgelegt.¹⁴ Mit dem Abkommen zwischen den bürgerlichen Regierungs- und Oppositionsparteien wurde politisches Neuland in Norwegen betreten. Auch wenn Minderheitsregierungen in Norwegen nach dem 2. Weltkrieg durchaus üblich waren, gab es noch nie ein detailliertes formales Abkommen zwischen einer Minderheitsregierung und einzelnen Oppositionsparteien.

Die Konstellation aus zwei Regierungsparteien und den zwei kleineren bürgerlichen Parteien, auf deren parlamentarische Unterstützung die Regierung angewiesen ist, stellt nach Ansicht des norwegischen Politikwissenschaftlers Aarebrot für Ministerpräsidentin Solberg die schlechteste nur denkbare Lösung dar, da sie zunächst einen Kompromiss mit der FrP aushandeln muss, der anschließend im Parlament mit V und Krf nochmals abgestimmt werden muss. Eine bessere Alternative wäre eine Vierparteienregierung mit fester Mehrheit gewesen oder aber eine alleinige Minderheitsregierung von H, in der zumindest keine Abstimmung mit einem Koalitionspartner erforderlich gewesen wäre.¹⁵ Dieser Auffassung kann widersprochen werden, da Solberg in jedem Fall auf die parlamentarische Unterstützung der FrP angewiesen ist und die Zusammenarbeit mit der FrP als Oppositionspartei sicher nicht leichter geworden wäre. Stattdessen kann argumentiert werden, dass die Regierungsverantwortung sowohl in programmatischer als auch rhetorischer Hinsicht eine moderierende Wirkung auf die FrP hat, die die Zusammenarbeit beider Parteien einfacher machen sollte. Vorteile bietet die jetzige Regierungskoalition Aarebrot zufolge den beiden kleineren Zentrumspartereien, da diese der Solberg-Regierung Konzessionen für ihre parlamentarische Unterstützung öffentlichkeitswirksam im Parlament abringen und sich so besser als in einer Vierparteienkoalition profilieren können.¹⁶

Nationale Parlamentswahl in Deutschland

- Einwohner: ca. 81,9 Millionen
- Nationales Parlament: Bundestag, Zweikammersystem
- Regierungssystem: Parlamentarische Demokratie
- Letzte Parlamentswahl: 22. September 2013
- Aktuelle Regierungsparteien: Große Koalition zwischen CDU/CSU und SPD

Neben den etablierten Akteuren des „fluiden Fünf-Parteiensystems“ gab es für die rund 62 Millionen Wahlberechtigten 2013 auch die Möglichkeit, Kleinstparteien und neu gegründete Parteien wie die Alternative für Deutschland (AfD) zu wählen. Die Meinungsforschung attestierte der Bundesregierung im Vorfeld der Wahl ein gutes Zeugnis, dass sich jedoch in genauer Betrachtung ungleich zwischen den Koalitionären aufteilte. Die CDU/CSU verzeichnete im Wahljahr kontinuierlich gute Umfragewerte und war mit Abstand stärkste politische Kraft. Dagegen bewegten sich die Umfrageergebnisse der FDP vor der Wahl stetig zwischen 4,5 und 6 Prozentpunkten. Von daher war ungewiss, ob die Partei den Wiedereinzug in den Bundestag schaffen würde. Auch das oppositionelle Modell „Rot-Grün“ als Bündnis von SPD und B90/Die Grünen war in Umfragen von einer Regierungsmehrheit weit entfernt. Es zeigte sich in der Bevölkerung eine Präferenz für die Große Koalition. Die Union verfügte hierdurch über ein Alternativmodell zu Schwarz-Gelb, das zusätzlich durch das nicht-koalitionsfähige „linke Lager“ (Rot-Rot-Grün) an Bedeutung gewann. Die Union erreichte am Wahlabend 41,5 Prozent. Dies entsprach einem Zuwachs von 7,7 Prozentpunkten. CDU/CSU erlangten überdurchschnittlich viele Direktmandate, auch in den ehemaligen Hochburgen der SPD, in der Wählerstruktur konnte in allen sozialen Gruppen hinzugewonnen werden. Der Union gelang es, einen „Merkel-Wahlkampf“ in ein „Merkel-Wahlergebnis“ umzusetzen. Die Person der Bundeskanzlerin – die erstmals als Spitzenkandidatin mit Gewinnen aus einer Bundestagswahl hervorging – dominierte den inhaltlichen Wahlkampf und den Parteienwettbewerb. Die sehr guten persönlichen Umfragewerte konnten für die Union genutzt werden. Der personelle Faktor überwog auch in der Wahlentscheidung für die Union – vor Inhalten und Parteienbindung.¹⁷

Die Sozialdemokraten hingegen erreichten mit einem Ergebnis von 25,7 Prozent nur einen leichten Anstieg der Wählerstimmen von 2,7 Prozentpunkten. Es dauerte fast bis zum TV-Duell, um im Wahlkampf zwischen der Kernbotschaft der „sozialen Gerechtigkeit“ und dem Spitzenkandidat Peer Steinbrück eine gewisse Kongruenz zu erreichen. Überproportionale Ergebnisse erreichte die SPD – ähnlich wie die Union – in den höheren Alterskohorten (45+). Die Linke erlangte 8,6 Prozent, wobei weiterhin ein starkes Ost-West-Gefälle im Wahlverhalten auszumachen ist. Ein klarer Themenwahlkampf (Bezahlbare Energie und Mieten, Mindestlohn) mobilisierte insbesondere Arbeiter und Arbeitslose. Bündnis 90/Die Grünen bleiben mit 8,4 Prozent hinter den eigenen Erwartungen zurück. Den Bündnisgrünen gelang es nicht, die guten Umfragewerte der Legislaturperiode (Einzug in alle 16 Landtage, Regierungsübernahme Baden-Württemberg) im Wahlkampf zu konservieren. In der öffentlichen Wahrnehmung bewegte sich das Wahlprogramm der Grünen zu stark im Bereich der Steuerpolitik. Die mediale Negativspirale der heißen Wahlkampfphase wurde durch weitere Debatten (u.a. Veggie-Day) befeuert. Im Wahlergebnis fällt insbesondere das überdurchschnittliche Abschneiden bei höheren Bildungsschichten sowie das ausgeprägt urbane Wahlverhalten in Ostdeutschland auf.

Die FDP scheiterte mit einem Ergebnis von 4,8 Prozent erstmals in ihrer Geschichte an der Fünf-Prozent-Hürde. Weder Spitzenkandidat Rainer Brüderle noch gezielt liberale Themen konnten im Wahlkampf Fuß fassen. Die im Endspurt von Brüderle forcierte „Zweitstimmen-Kampagne“ reichte anders als in früheren Wahlkämpfen nicht für einen Umschwung. Die Liberalen stehen unter Führung Christian Lindners in der außerparlamentarischen Opposition vor einem Neubeginn.

Unter den weiteren Bewerbern sticht die AfD hervor, die aus dem Stand mit 4,7 Prozent den Parlamentseinzig knapp verpasste. Bei der Wählerverteilung ist zu erkennen, dass die Partei überwiegend von Männern zwischen 18 und 34 Jahren gewählt wird. Die Hochburgen der Partei liegen vor allem in den neuen Bundesländern, was sie als relevanten Akteur für die ostdeutschen Landtagswahlen 2014 erscheinen lässt.

Tab. 3: Wahlergebnis Bundestag vom 22. September 2013

Parteien	Abk.	2009	Entw. Sitze	2013	+/-
Christlich Demokratische Union	CDU	27,3	194 → 255	34,1	6,8
Christlich-Soziale Union	CSU	6,5	45 → 56	7,4	0,9
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	SPD	23,0	146 → 193	25,7	2,7
Bündnis 90/Die Grünen	Grüne	10,7	68 → 63	8,4	-2,3
Die Linke	Die Linke	11,9	76 → 64	8,6	-3,3
Freie Demokratische Partei	FDP	14,6	93 → 0	4,8	-9,8
Piratenpartei Deutschland	Piraten	2,0	0 → 0	2,2	0,2
Alternative für Deutschland	AfD	-	- → 0	4,7	4,7
Wahlbeteiligung		70,8 %	620 → 631	71,5 %	0,7

Quelle: <http://www.bundeswahlleiter.de> (Stand: 17.02.2014).

Das Wahlergebnis zeigte verschiedene Besonderheiten: Die Wahlbeteiligung stieg zwar minimal aber entgegen dem allgemeinen Trend auf 71,5 Prozent im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 (70,8 %). Erstmals seit 2002 stieg der gemeinsame Stimmenanteil von Union und SPD auf 67,3 Prozentpunkte (Vergleich 2009: 56,8 %). Damit gewinnen erstmals seit den 1960er Jahren beide Volksparteien bei einer Bundestagswahl Wählerstimmen hinzu. Dies geht besonders zu Kosten der kleineren Parteien, die ihren seit 1990 zu beobachtenden Aufwärtstrend nicht fortsetzen können. Dennoch scheint sich das deutsche Parteiensystem weiter zu fragmentieren. Besonders auffällig ist hierbei der Anteil der „verlorenen Wählerstimmen“ mit einem Höchstwert von 15,7 Prozent. Als ein Grund hierfür ist die Sperrklausel zu sehen, welche die Konzentration der parlamentarischen Repräsentation befördert: AfD, FDP und die Piratenpartei (2,2 %) stellen über 2/3 dieses Ergebnisses.

Die Sondierungs- und Koalitionsgespräche 2013 waren die Längsten in der Geschichte der Bundesrepublik. Auf erste Sondierungen von Union und Bündnisgrünen folgte – aufgrund zu großer inhaltlicher Abstände – der Entschluss zu Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD. Die gleichzeitige Realisierung einer schwarz-grünen Landesregierung in Hessen lässt jedoch dieses neuartige Modell einer „Zweier-Koalition“ auch zukünftig auf Bundesebene als relevante Option erscheinen. Im Prozess der Regierungsbildung stach insbesondere der SPD-Mitgliederentscheid über den Entwurf des Koalitionsvertrages hervor. Zum ersten Mal hatte eine Parteibasis in Deutschland die Möglichkeit, über einen Koalitionsvertrag abzustimmen und somit aktiver am politischen Geschehen teilzunehmen, ein Prozess der auch in der medialen Aufmerksamkeit für Debatten sorgte. Nach einem eindeutigen JA der SPD-Basis (über 70 Prozent), war der Weg für die Neuauflage der Großen Koalition frei. Kurz vor Weihnachten wurde Angela Merkel mit ihrem bisher besten Stimmresultat für eine dritte Amtszeit zur Bundeskanzlerin gewählt und kurz darauf Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) als Wirtschafts- und Energieminister zusammen mit den weiteren Kabinettsmitgliedern vereidigt.

Ausblick: Parlamentswahlen 2014

Europawahl

Europawahlen gelten bislang eher als Nebenwahlen, vorherrschend geprägt von nationalen Themen und einem Informationsdefizit der Wähler hinsichtlich der Aufgaben des Europäischen Parlaments.¹⁸ Die Europawahl 2014 indes verspricht einer der spannendsten und bedeutendsten Urnengänge in der Geschichte des Europäischen Parlaments zu werden.¹⁹ Zwischen dem 22. und dem 25. Mai 2014 (Deutschland: 25. Mai) werden 751 Europa-Abgeordnete gewählt, die in einer fünfjährigen Legislaturperiode die Interessen der rund 507 Millionen Europäerinnen und Europäern vertreten sollen.



© European Union, 2014.

Geprägt von den Debatten über die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise einerseits und der Frage nach dem Abschneiden von EU-kritischen Parteien und Kleinstparteien andererseits (mehr Demokratie im Parlament vs. Zersplitterung)²⁰, ist eine Richtungsentscheidung über den weiteren Integrationsprozess zu erwarten. Die erste Legislaturperiode nach Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon wird dabei von einem Europäischen Parlament bestritten, das über mehr Wirkungsmacht verfügen wird als jemals zuvor. Es bestimmt über Gesetze mit, die in allen 28 Mitgliedsstaaten gelten und entscheidet über alle

Tab. 4: Mitglieder des Europäischen Parlaments nach Fraktionen*

Parteien	Sitze
PPE (Christdemokraten/Konservative)	274
S&D (Sozialdemokraten)	194
ALDE (Liberale und Zentristen)	85
Grüne/EFA (Grüne, Regionalparteien)	58
ECR (Konservative, EU-Skeptiker)	57
GUE/NGL (Sozialisten, Kommunisten)	35
EFD (EU-Skeptiker, Rechtspopulisten)	31
NI/Fraktionslose	32
Total: 766	

* Die Abgeordneten, die sich in den EP-Fraktionen zusammengeschlossen haben, stammen aus rund 160 unterschiedlichen Parteien in ihren Heimatländern.

Quelle: <http://www.europarl.europa.eu/meps/de/hemicycle.html> (Stand: 04.03.2014).

internationalen Abkommen sowie über den Haushalt der Europäischen Union mit. Laut Artikel 14 EUV, wählt das Parlament den Präsidenten der Europäischen Kommission und auch andere Mitglieder der Kommission müssen durch das Europäische Parlament bestätigt werden.²¹ Darüber hinaus treten die Parteienverbände 2014 erstmals mit Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten an.

Welchen Einfluss diese Neuerungen („significant reduction of the democratic deficit in the EU“)²² sowie außenpolitische Entwicklungen, wie beispielsweise der Konflikt um die Ukraine auf die bislang stetig sinkende Wahlbeteiligung (EU-Durchschnitt 2009: 43,1%) haben wird, bleibt abzuwarten.

Nationale Parlamentswahl Schweden

- Einwohner: ca. 9,6 Millionen
- Nationales Parlament: Riksdag, Einkammersystem
- Regierungssystem: Konstitutionelle Monarchie mit stark parlamentarischen Zügen
- Letzte Parlamentswahl: 19. September 2010
- Aktuelle Regierungsparteien: bürgerliche Allianz aus Moderaterna, Folkpartiet, Centerpartiet, Kristdemokraterna

Supervalåret (Superwahljahr) und Gapet/Glappet (Kluft) sind die zentralen Schlagwörter im Vorfeld zur schwedischen Reichstagswahl am 14. September 2014. Nur alle 20 Jahre fallen Europawahl und die Wahl für den Reichstag und die Organe der Kommunen (kommun) und Provinziallandtage (landsting) in das gleiche Jahr. Seit den Reichstagswahlen 2006 führt Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt eine Allianz genannte bürgerliche Regierung, bestehend aus Moderaten (M), Liberaler Folkspartei (FP), Zentrumspartei (C) und den Christdemokraten (KD). In der Reichstagswahl 2010 wurde diese Allianz – wenn gleich als Minderheitsregierung – erneut bestätigt.

Zentrale Themen des Wahlkampfes 2014 sind die Schaffung von Arbeitsplätzen, Verbesserung der Bildung, eine zukunftsgerechte Pflege und medizinische Versorgung. Aktuelle Wahlumfragen zeigen eine deutliche Mehrheit für den Rot-Grünen Block aus Sozialdemokraten (SD), Grünen (MP) und Linken (V) gegenüber der Allianz.

Zwischen den beiden Parteiblöcken liegt eine Kluft (Gapet) zwischen 14 bis 17 Prozentpunkte. Sollte der Zentrumspartei (C) oder den Christdemokraten (KD) bei einem, den schlechten Umfrageergebnissen ähnlichen, Wahlergebnis in Verbindung mit der 4-Prozent-Sperrklausel der Einzug in den Reichstags nicht gelingen, wird dieser Abstand noch weitaus deutlicher ausfallen. Die Zentrumspartei, erreicht in der Februar Sifo-Umfrage lediglich 2,8%, die Christdemokraten 3,7% - andere Meinungsforschungsinstitute sehen jedoch beide Parteien über der 4-Prozent-Hürde.²³ Für die Moderaten gilt es, in den Vorwahlmonaten das eigene Wählerklientel zu mobilisieren. Jüngsten Erhebungen folgend, verlieren sie zwar Stimmen an die Sozialdemokraten (2,9 Prozentpunkte), die größte Abwanderung von Stimmen findet jedoch in Richtung Nichtwähler (*förluster till soffan*, dt. Verluste in Richtung Sofa) statt.²⁴

Ebenfalls mit Spannung wird die Entwicklung der Schwedendemokraten (SD) beobachtet. Ausgegebenes Ziel der



Reichstagsgebäude in Stockholm. (© Ankara)

Tab. 5: Reichstagswahl in Schweden 2014

Parteien	Parteiführer	Wahl 2010	Sifo Wahlumfrage 2014
Socialdemokraterna	Stefan Löfven	30,66% (112 Mandate)	34,9 %
Moderaterna (A)	Fredrik Reinfeldt	30,6% (107 Mandate)	22,8 %
Miljöpartiet	Gustav Fridolin, Åsa Romson	7,34% (25 Mandate)	9,7 %
Folkpartiet (A)	Jan Björklund	7,06% (24 Mandate)	6,7 %
Centerpartiet (A)	Annie Lööf	6,56% (23 Mandate)	2,8 %
Sverigedemokraterna	Jimmie Åkesson	5,7% (20 Mandate)	9,5 %
Vänsterpartiet	Jonas Sjöstedt	5,6% (19 Mandate)	8,2 %
Kristdemokraterna (A)	Göran Hägglund	5,6% (19 Mandate)	3,7 %
Andere			1,3 %

(A) = bürgerliche Allianz

Quelle: http://www.tns-sifo.se/media/505590/vb_feb_2014_svd.pdf, (Stand: 04.03.2014).

Parteiführung ist die Verdoppelung der Mandate durch die Wahl 2014 – ein Ziel, das sich auf die für die SD guten Wahlumfragen stützt. Insgesamt sind gemäß der Februar-Erhebung des Meinungsforschungsinstituts Demoskop 21,5% der Wahlberechtigten in Schweden noch unentschieden, welcher Partei sie den Vorzug geben werden.²⁵ Wahlforscher rechnen daher mit merklichen Veränderungen der Umfragen in den rund sechs Monaten bis zu der Parlamentswahl.

Nationale Parlamentswahl Lettland

- Einwohner: ca. 2 Millionen
- Nationales Parlament: Saeima, Einkammersystem
- Regierungssystem: Parlamentarische Demokratie
- Letzte Parlamentswahl: 17. September 2011
- Aktuelle Regierungsparteien: Reformu partija (RP), Vienotība (V) und Nacionālā Apvienība (NA)

Für Lettland ist 2014 ein ereignisreiches Jahr. Riga ist neben Umeå Kulturhauptstadt des Jahres 2014. Im Januar erlebten die Letten die Einführung des Euros als neue Währung. Ebenfalls im Januar wurde erstmals eine Frau in das Amt des Ministerpräsidenten gewählt. Die bisherige Landwirtschaftsministerin Laimdota Straujuma folgte auf den im November zurückgetretenen Valdis Dombrovskis. Straujuma soll die Regierungsgeschäfte bis zur Saeima-Wahl im Oktober führen. Gemäß der Lettischen Verfassung finden am 4. Oktober Wahlen statt, da es sich nach der Auflösung des Parlaments 2011 um vorgezogene Wahlen handelte. Die Legislaturperiode verkürzt sich gesetzeskonform in diesem Fall auf drei Jahre.²⁶

Durch die 2011er Wahl wurde erstmals in den Parlamentswahlen seit der Unabhängigkeit ein pro-russisches Parteibündnis stärkste Partei: das Saskaņas Centrs (Zentrum der Harmonie). Aus den Koalitionsgesprächen gingen jedoch die neu gegründete Reformu partija, die Vienotība und dem nationalkonservativen Wahlbündnis Nacionālā Apvienība (Nationale Allianz) als Mitte-Rechts-Regierungskoalition hervor.

Im Zentrum der lettischen Politik stehen die Energieversorgung und die Integration in nördliche und westliche Versorgungsnetze, der Sparkurs der Regierung im Zuge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise trotz des jüngst

zweitstärksten Wirtschaftswachstums in der EU (3,6%), Minderheitenpolitik und das Verhältnis zu Russland.

Vor dem Hintergrund einer eigenen starken russischen Minderheit in Lettland von ca. 25-27 Prozent der Gesamtbevölkerung und den 280.000 sogenannten staatenlosen „Nicht-Bürgern“, die zwar in der Regel über eine Pass und eine Aufenthaltsgenehmigung verfügen, jedoch nicht wählen dürfen, solange sie keinen Einbürgerungstest durchlaufen haben, dürfte sich auch die Besetzung der Krim durch russische Kräfte auf den anstehenden Wahlkampf auswirken. Lettland ist erst seit 2004 Mitglied der NATO und der Europäischen Union und der Krim-Konflikt ruft Erinnerungen an die Besetzung des Parlamentsgebäudes in Riga 1990 durch sowjetische Militäreinheiten wach. Zum 1. Januar 2015 wird Lettland erstmalig die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen.



Hauptsitz des lettischen Parlaments in Riga.
© Latvijas Republikas Saeima, 2014)

Tab. 6: Lettland: Wahlergebnisse Saeima-Wahl 2011

Parteien	Parteiführer	Wahl 2011
Saskaņas Centrs (SC)	Nil Uschakow	28,3% (31 Mandate)
Reformu partija (RP)	Valdis Zatlers	20,8% (22 Mandate)
Vienotība (V)	Valdis Dombrovskis	18,8% (13 Mandate)
Nacionālā Apvienība (NA)	Raivis Dzintars	13,8 (14 Mandate)
Zaļo un Zemnieku savienība (ZZS)	Raimonds Vējonis	12,2% (13 Mandate)

Quelle: http://www.nsd.uib.no/european_election_database/country/latvia/, letzter Zugriff: 10.3.2014

Anmerkungen

- 1 Vgl. Koschmieder, Carsten (2012), Piraten und Possenreißer statt Politiker und Populisten: Eine Analyse der Anti-Establishment- und Anti-Partei-bewegung in Europa, in: Internationale Politikanalyse, September, S. 12.
- 2 Er ist von Haus aus Komiker, Musiker, Schriftsteller und Politiker. Die Bezeichnung „Anarchist“ ist eine Selbstzuschreibung. Hierzu: Jón Gnarr (2014), Hören Sie gut zu und wiederholen Sie!!! Wie ich einmal Bürgermeister wurde und die Welt veränderte, Stuttgart.
- 3 Vgl. Aalberg, Toril (2011): Norway; in: European Journal of Political Research, Vol. 50, Nr. 7-8, S. 1085.
- 4 Vgl. Aalberg, Toril (2012): Norway; in: European Journal of Political Research: Political Data Yearbook, Vol. 51, Nr. 1, S. 239.
- 5 Vgl. <http://www.ssb.no/en/arbeid-og-lonn/statistikker/akumnd/maaned/2013-12-23?fane=tabell&sort=nummer&tabell=155182> [Stand: 23.12.2013].
- 6 Vgl. <http://www.ssb.no/en/nasjonalregnskap-og-konjunkturer/statistikker/nr/aar> [Stand: 19.11.2013].
- 7 Vgl. Sitter, Nick (2006): Norway's Storting election of September 2005: Back tot he Left?, in: West European Politics, Vol. 29, Nr. 3, S. 574.
- 8 Ebd.
- 9 Vgl. Salvesen, Geir (2013): Soknad om en fremtid sammen?, Aftenposten, 25.04.2013, S. 10f.
- 10 Vgl. Salvesen, Geir (2013): Soknad om en fremtid sammen?, Aftenposten, 25.04.2013, S. 10f.
- 11 Vgl. Orange, Richard (2013): Jens Stoltenberg: How the orator fell from glory, thelocal.no, 06.09.2013; abrufbar unter: <http://www.thelocal.no/20130906/jens-stoltenberg-how-the-orator-of-utoya-lost-his-shine> [Stand: 06.09.2013].
- 12 Vgl. <http://www.ssb.no/en/valg/statistikker/vund> [Stand: 18.08.2011].
- 13 Vgl. Rudd, Solveig, Melgård, Marie (2013): Venstre- og KrF-kilder tror ikke på firepartiregjering, aftenposten.no, 29.09.2013; abrufbar unter: <http://www.aftenposten.no/nyheter/iriks/politikk/Venstre--og-KrF-kilder-tror-ikke-pa-firepartiregjering-7324622.html> [Stand: 30.09.2013].
- 14 Vgl. Avtale mellom Venstre, Kristelig Folkeparti, Fremskrittspartiet og Høyre. 30.09.2013; abrufbar unter: <http://www.hoyre.no/filestore/Filer/Politikkdokumenter/Samarbeidsavtale.pdf> [Stand: 30.09.2013].
- 15 Vgl. Korsvold, Kaja (2013): Vaglforsker: Den verst tenkelige løsningen for Erna Solberg, aftenposten.no, 30.09.2013; abrufbar unter: http://www.aftenposten.no/nyheter/iriks/politikk/Valgforsker---Den-verst-tenkelige-losningen-for-Erna-Solberg-7325515.html#_UtwV3h_zr_s [Stand: 30.09.2013].
- 16 Vgl. ebd.
- 17 Vgl. für die Analyse der Bundestagswahl die Daten des Bundeswahlleiters unter www.bundeswahlleiter.de und die Ergebnisse von Infratest dimap (Hrsg.) (2013), Wahlreport Bundestagswahl, Berlin sowie erste Interpretationen in der Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament (2013): Aus Politik und Zeitgeschichte, 63. Jg., H. 48-49. Darüber hinaus: Jesse, Eckhard (2013), Nach allen Seiten offen? Der Ausgang der Bundestagswahl 2013 und mögliche Folgen für das Parteiensystem und das Koalitionsgefüge, in: Zeitschrift für Politik, 60. Jg., H. 4, S. 374-392.
- 18 Holz-Bacha, Christina (2014): Wahlkampf und Wahlbeteiligung. In: Dossier Europawahl, <http://www.bpb.de/politik/wahlen/europawahl/71356/wahlkampf-und-wahlbeteiligung>, [Stand: 4.3.2014].
- 19 Vgl. Hix, Simon (2013): Why the 2014 European Elections Matter – Ten Key Votes in the 2009-2013 European Parliament. European Policy Analysis Issue 2013:15, www.sieps.se/sites/default/files/2013_15epa.pdf, [Stand: 4.3.2014].
- 20 Vgl. de Souza Soares, Philipp Alvares; Peters Katharina (2014): Gekippte Dreiprozenthürde – Splitter für Europa. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/dreiprozenthuerde-gekippt-splitterparteien-hoffen-auf-europawahl-a-955814.html>, [Stand: 4.3.2014].
- 21 www.elections2014.eu/de/press-kit/content/20131112PKH24411/html/Einleitung-Die-Europawahl-2014, [Stand: 4.3.2014].
- 22 Hix, Simon (2013): Why the 2014 European Elections Matter – Ten Key Votes in the 2009-2013 European Parliament. European Policy Analysis Issue 2013:15, www.sieps.se/sites/default/files/2013_15epa.pdf, [Stand: 4.3.2014].
- 23 Weitere Meinungsforschungsinstitute Erhebungen Februar 2014: Novus (C 4,2%, KD, 3,8%), www.novus.se/nyheter/2014/tv4novus-vaeljarbarometer-februari-sverige-demokraterna-minskar.aspx, [Stand: 4.3.2014]. Demoskop (C 4,3%, KD 4,0%), www.demoskop.se/aktuellt/nyhet/valjarbarometern-februari/, [Stand: 4.3.2014].
- 24 www.tns-sifo.se/nyheter-och-press/2014/2/vaeljarbarometern-feb2014, [Stand: 4.3.2014].
- 25 www.demoskop.se/aktuellt/nyhet/valjarbarometern-februari/, [Stand: 4.3.2014].
- 26 www.saeima.lv/en/legislation/constitution, [Stand: 10.3.2014].

Blickpunkt

Baltic Development Forum (BDF) unter neuem Vorsitz

Lene Espersen ist seit Anfang März 2014 neue Vorsitzende des BDF. Die ehemalige dänische Außen- und Justizministerin und Abgeordnete der Konservativen Volkspartei freut sich sehr auf die Arbeit für das BDF, so Espersen in einer ersten Stellungnahme.

Das Engagement des ehemaligen Vorsitzenden Hans Skov Christensen und Uffe Ellemann-Jensen für mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit durch gemeinsame Initiativen des privaten und öffentlichen Sektors und Kooperation zwischen den Anrainern der Ostsee, teile sie uneingeschränkt. Als ehemalige Ministerin habe sie genau beobachtet, wie die Globalisierung voranschreite. „Lokale politische und wirtschaftliche Entscheidungen sowie internationale Trends, Politiken und Märkte beeinflussen im Eiltempo unsere politischen und wirtschaftlichen Optionen aus denen wir wählen können“, so Espersen.

Insbesondere kleine und offene Wirtschaftssysteme in der Region seien darauf angewiesen, smart und innovativ



Lene Espersen. (© BDF)

zu handeln, um zu wachsen und die Aufmerksamkeit von Investoren und Unternehmen zu gewinnen. Dies gelte speziell für die Bereiche, in denen das Wachstumspotential in der Region besonders hoch ist, wie Energie, Transport, Umweltschutz sowie Informations- und Kommunikationstechnologie.

Das BDF versteht sich als führender Think-Tank und Netzwerk für Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medien in der Ostseeregion. Ziel des BDF ist die Positionierung der Ostseeregion in der EU und rund um den Globus durch Förderung des Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit durch Partnerschaften zwischen Wirtschaft, Regierungen und Wissenschaft. (tap)



Blick von Süden auf die Ostsee. (© Martin Koschkar)

Ein Zar, der Alkohol und die Institutionalisierung eines Stereotyps

Lutz-Auras, Ludmila, Peter I.: Russlands trinkfester Imperator, Lexikus Verlag, Bad Kleinen 2013, 234 Seiten, € 12,95.

„Russland – Land der Extreme“.¹ Dieser Allgemeinplatz ließe sich beispielsweise durch die „Größe des Landes“, „die klimatische Vielfalt“ oder durch die Behauptung „in Russland sei ein Menschenleben nicht viel wert“ illustrieren. Fakt ist, dass es sich, trotz der Wahrheiten, die in diesen Aussagen stecken mögen, um eine einprägsame und bildhafte Beschreibung eines als typisch wahrgenommen Sachverhalts handelt – Stereotypen eben. Die Mutter dieser, die Welt in Schubladen organisierenden Statements, ist wohl die Behauptung: in Russland werde, soviel getrunken wie sonst nirgends auf der Welt. In diesem Fall handelt es sich um ein Stereotyp der langen Dauer. Dies kann gesagt werden, weil es seit über 400 Jahren immer wieder als Metapher oder Deutungsmuster im deutschen Diskurs aktiviert werden konnte. Mit der vorliegenden Publikation von Ludmila Lutz-Auras liegt eine im Bereich der Wissenschaftspublizistik verortete, primär historische Betrachtung zu den Ursprüngen dieser Perzeption in der Zeit Peter I. vor. Eine erste explorative Version dieses Textes ist in der Festschrift für Jakob Rösel erschienen.² Die Autorin ist in der Ukraine geboren, hat ihr Studium in Rostock und Moskau absolviert und ist gegenwärtig wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Internationale Politik des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock.

Der Band wurde für die Rostocker Hanse Sail initiiert, deren Partner 2013 Russland war, und stellt weniger eine neue Biographie als eine Charakterskizze Peter I. dar.³ Die Hauptfragen bei der Verortung des Themas lesen sich wie folgt: „Welche Gründe bewegten den politisch, ökonomisch und kulturell westorientierten Peter I. dazu, seine Untergebenen, manchmal sogar mit Gewalt, bis zur Bewusstlosigkeit zu benebeln? [...] Was veranlasste den Imperator dazu, in den 1690er Jahren das ‚Allnährischste, alltrunkenste und wahnwitzigste Konzil‘ [...] zu konstituieren?“ (S. 13-14).

In der Struktur folgen die Ausführungen zunächst dem Lebensweg Peters „Vom Werdegang des widerspenstigen Monarchen“ (S. 15-59), um dann im Hauptteil unter den folgenden Zwischentiteln, den Blick auf die Bezie-

hung zwischen Zar und Rauschmittel zu richten: „Alkoholkonsum in staatlichen Fesseln – Umgang, Steuerung, Kontrolle“ (S. 60-96), „Heiterkeit ist eine Sünde wert“ (S. 97-135), „Saure Wochen, frohe Feste“ (S. 136-177) und „Staatlicher Trinkzwang – der Generalschlüssel zu Macht?“ (S. 178-184). In der Darstellung kristallisiert sich heraus, dass die Wahrnehmung der Russen als trinkfreudiges Volk bereits vor der Zeit Peter I. in den Quellen zu finden ist. Zudem stellt der Imperator, mit den exzessiven und häufig von Zwang begleiteten Ausschweifungen zwar eine besonders intensive Ausformung und gleichzeitig Bestätigung des Stereotyps dar, ist aber nichtsdestotrotz in der Geschichtsschreibung als der Reformzar bekannt und anerkannt. In seiner ambivalenten Persönlichkeit findet sich, in unterschiedlicher Ausprägung der Drang der Annäherung an den Westen und damit der Öffnung Russlands gegenüber den Ideen von Humanismus und Aufklärung (S. 182-184).

In der Zusammenstellung der Publikation fallen die zahlreichen Beigaben positiv auf. Neben einer „Transliteration des kyrillischen Alphabets“ (S. 5-6), gibt es ein Glossar in dem etwa erklärt wird, was unter „Kalmücken“ und „Kwas“ zu verstehen ist (S. 187-188). Weiterhin findet sich eine Zeittafel sowie eine Auflistung der „Staatliche[n] Regulierungen der Herstellung und des Vertriebs hochprozentiger alkoholischer Getränke im Russischen Reich“ zwischen 1386 und 1705 (S. 198-201). Abgerundet wird die Publikation, nach dem umfangreichen Literaturverzeichnis, von über zwanzig zum Teil farbigen Abbildungen. Diese zeigen Peter bei diversen Festivitäten.

Abschließend kann gesagt werden, dass die Verwendung von deutscher und russischer Sekundärliteratur den Band, neben einer angenehmen Prosa, kurzweilig und lesenswert macht. Eine uneingeschränkte Empfehlung kann daher für Studenten der Geschichtswissenschaften und für Russlandinteressierte ausgesprochen werden. (cn)

1 Titel einer GEO Reportage, abrufbar unter: http://www.arthaus.de/russland-land_der_extreme-360-geo_reportage (Stand: 22.01.2014).

2 Ludmila Lutz-Auras: Gott hilft manchmal, Wodka immer! „Allnährischstes, alltrunkenstes und wahnwitzigstes“ am Hof von Peter I., in: Ludmila Lutz-Auras/Pierre Gottschlich (Hrsg.), Aus dem politischen Küchenkabinett: Eine kurze Kulturgeschichte der Kulinarik: Festschrift zum 65. Geburtstag von Professor Jakob Rösel, Baden-Baden 2013, S. 221-250.

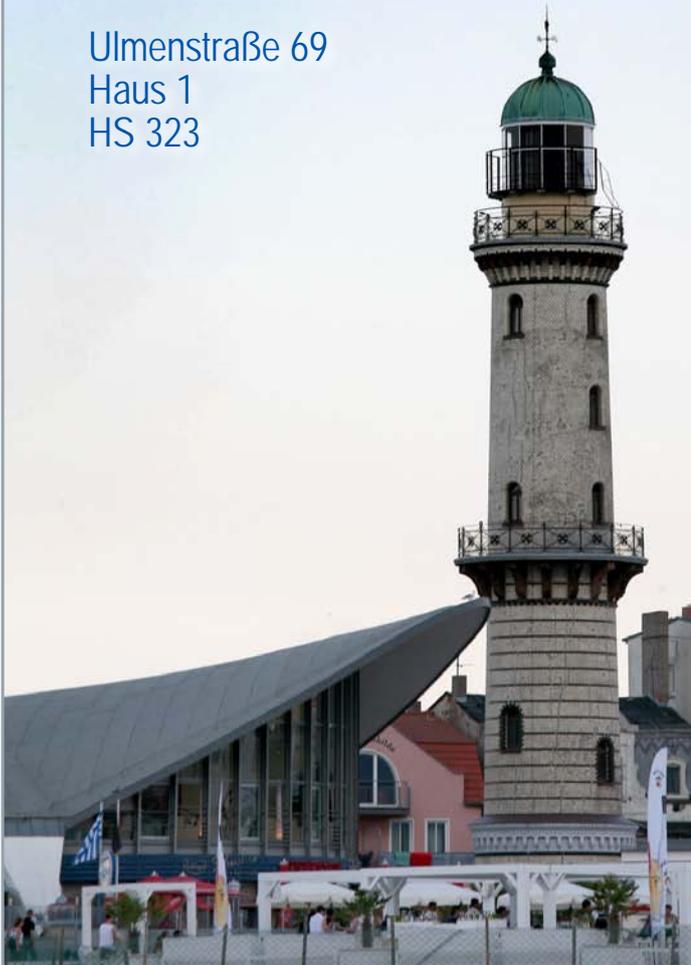
3 So sinngemäß die Autorin in einem Interview mit dem Rostocker Journal, abrufbar unter: <http://rostockerjournal.de/uni/wissenschaft/die-hanse-sail-das-partnerland-russland-und-der-trinkfeste-peter-i/5847> (Stand: 22.01.2014).



Regionale politische Kultur im Vergleich

30. und 31. Mai 2014

Ulmenstraße 69
Haus 1
HS 323



INSTITUT FÜR POLITIK- UND
VERWALTUNGSWISSENSCHAFTEN



ALUMNI-VEREIN ROSTOCKER POLITIKWISSENSCHAFT E.V.
Vergiss mein nicht!

HERBERT QUANDT-STIFTUNG



Ausstellung in den nordischen Botschaften

Ab Mitte März zeigen die Nordischen Botschaften in Berlin die neue Ausstellung »**Feindschaft und Versöhnung**« anlässlich des 150. Jahrestags des Deutsch-Dänischen Krieges von 1864. Unter anderem werden Stücke aus der Sammlung des Museums Südjütland/Schloss Sønderborg zu sehen sein.

Darüber hinaus finden dieses Jahr im Grenzraum zwischen den beiden Ländern zahlreiche Veranstaltungen zur Erinnerung statt. Der 150. Jahrestag der Schlacht bei Düppel wird dabei gemeinsam begangen und findet sich sogar in EU-Projekten wieder. Weitere Informationen unter: www.dueppel2014.de

Konferenz „Regionale politische Kultur im Vergleich“

Ende Mai findet an der Universität Rostock eine Konferenz zur regionalen politischen Kultur im Vergleich statt. Neben dem Ost-West-Vergleich der deutschen Länder wird Dr. Adam Jarosz (Torun/Polen) über die regionale polnische Perspektive referieren. Save the date: 30.-31. Mai 2014, Universität Rostock, „Regionale politische Kultur im Vergleich“

Anmeldung und weitere Informationen unter: wahlen.ipv@uni-rostock.de

Baltic Sea Days in Turku

Vom 1.-5. Juni 2014 finden im finnischen Turku die Baltic Sea Days 2014 statt. Die Tage verknüpfen verschiedene Jahrestreffen von Foren der Ostseekooperation. Neben dem Annual Forum der EU-Ostseestrategie und dem Baltic Sea NGO-Forum werden im Rahmen des Gipfeltreffens des Ostseerates Bundeskanzlerin Angela Merkel und der russische Premierminister Dmitry Medvedev erwartet. Weitere Informationen finden sie unter: <http://www.turku.fi/public/default.aspx?contentid=481793&nodeid=19463>

Who is who in der Ostseeregion

Monika Stankiewicz, Executive Secretary der Helsinki Kommission (HELCOM)



Monika Stankiewicz: Die Zukunft der Ostsee im Blick. (© HELCOM)

Die masurische Seenplatte in Polen ist ihre Heimat. Wunderschön sei es dort, sagt Monika Stankiewicz. Mittlerweile hat die seit 2012 amtierende Geschäftsführerin der HELCOM aber ein neues Zuhause gefunden. In Helsinki, dem Sitz des 20 Mitarbeiter starken HELCOM Büros. Die Hauptstadt des Landes, das auch gern als Land der Tausend Seen bezeichnet wird – Finnland. Wasser, so könnte man daraus schließen, ist ein verbindendes Element im Leben der Chemikerin. Kurz nach erfolgreichem Abschluss ihres Studiums und eines postgradualen Kurses „Europäische Integration“ an der Universität in Danzig, machte Monika Stankiewicz ein ganz besonderes Gewässer auch beruflich zu ihrem zentralen Thema: die Ostsee. „Ich habe mich sehr früh mit der Arbeit der HELCOM beschäftigt, zunächst als Delegierte Polens und nach sieben Jahren dann direkt als Expertin.“ Der Respekt für die Natur treibe sie an. Gerade die Ostsee sei sehr anfällig und bräuchte daher spezielle Schutzmaßnahmen.

Als Executive Secretary unterstützt Monika Stankiewicz die Zusammenarbeit der Regierungen der Ostseeanrainer und Vertreter der EU bei der Umsetzung gemeinsamer Vereinbarungen zum Schutz der Ostsee. Gut zuhören

zu können, konstruktiv auf manchmal unterschiedliche nationale Perspektiven einzugehen und zusammenzuführen sei gerade im Hinblick auf das näher rückende Ziel des Baltic Sea Action Plans, bis 2021 einen guten Umweltzustand in der Ostsee wieder herzustellen, sehr nützlich. Das momentane wirtschaftliche Klima mache die Arbeit für den Umweltschutz dabei nicht einfacher. Daher werde es immer wichtiger, die zur Verfügung stehenden Ressourcen zu bündeln, koordiniert einzusetzen und auf eine engere Zusammenarbeit zu bauen. Beispielsweise mit anderen regionalen Meereskonventionen, wie der OSPAR (Oslo-Paris Konvention zum Schutz der Meeresumwelt des Nordost-Atlantiks), oder im Rahmen der EU-Ostsee-strategie mit Organisationen wie dem Ostseerat (CBSS). „Das Ziel von Kooperation ist es, die Grenzen von Fachgebieten zu überwinden und im Gegensatz zu einer Zerstreuung von Anstrengungen mehr auf Synergieeffekte zu setzen.“ Sie wünsche sich, dass jeder noch mehr realisieren würde, dass die gleichen Länder oftmals in mehrere Organisationen in der Ostseeregion vertreten sind. Die eine einfache Lösung um Umweltschutz in andere Fachpolitiken zu integrieren gebe es allerdings nicht. Aber die sportbegeisterte Polin (Laufen, Bergsteigen, Abfahrts-Ski, Angeln und Tauchen) lässt sich von anspruchsvollen Aufgaben nicht leicht abbringen. Mit Blick auf die Feierlichkeiten zum 40-jährigen Jubiläum der Unterzeichnung des ersten Übereinkommens über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes am 22. März 1974 freut sie sich, dass heute alle zunehmend davon überzeugt sind, dass wirtschaftliche Stabilität und unser Wohlergehen von einem guten Umweltzustand der Meere abhängig sind. „Das HELCOM Netzwerk wächst und ein transparenter und offener Zugang zu Umweltdaten ist bereits heute Realität.“ Auch privat gibt es einen sehr guten Grund zu feiern. Monika Stankiewicz und ihr Mann erwarten Familienzuwachs. (tap)

Impressum

Universität Rostock, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät,
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften, Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre/AGOS
Anschrift: Ulmenstraße 69, 18057 Rostock

Redaktion und ständige Mitglieder AGOS:

Prof. Dr. Nikolaus Werz [Leiter] (nw)
Martin Koschkar, M. A. (mk)
Christian Nestler, M. A. (cn)
Dipl.-Pol. Tim-Åke Pentz (tap)
Benjamin Gröbe und Florian Lemke

Gastbeiträge:

Telefon: 0381/498-4444, Fax: 0381/498-4445, Email: agos@uni-rostock.de

Bildnachweis: Titelbild © Christian Nestler

ISSN 2198-9567